

## **Wir leben über unseren Verhältnissen**

sagt Ex-Banker Leronhard Fischer, einst gefeiert als Wunderkind der deutschen Finanzszene, mit 36 Jahren bereits im Vorstand der Deutschen Bank, später sogar Kandidat für den Chefposten der Credit Suisse gehandelt. In einem kürzlich gegebenen Interview hält er die Bankenrettung für einen katastrophalen Fehler, denn man könne sich mit viel Geld aus einer Krise nicht herauskaufen. Und er setzt hinzu, dass man mit steigenden Staatsschulden die längst überfällige Anpassung an die fundamentalen Veränderungen in der Welt lediglich hinauszögere. Irgendwann müssen die Schulden aber bezahlt werden. Das könne über eine Geldentwertung, die einer Inflation entspricht, oder einer Umschuldung, also einer Deflation, geschehen.. Die dritte Variante wäre ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Für die klassischen Industrieländer sei dieses nicht in Sicht. Der Ex-Banker begründet seine Sichtweise mit den unzureichenden Investitionen in der Vergangenheit und der Priorität des Konsums. Seine Ausführungen fasst er in dem niederschmetternden Satz zusammen: **„Wir leben von der ökonomischen Rente einer gigantischen Leistung unserer Vorfahren“.**

Ein Mythos sei auch die weit verbreitete Auffassung der Banken von den angeblich freien Kapitalmärkten. Ein Mythos deshalb, weil sie ihr Geld nicht an freien, sondern an manipulierten Märkten investieren. Das Geld könne auch nicht im Rest der Welt investiert werden, denn niemand braucht unser Geld. Die Schwellenländer erwirtschaften selbst große Leistungsbilanzüberschüsse und suchen Länder, wo sie ihr überschüssiges Kapital investieren.

Wenn man auf die Leistungen der großen Industrienationen in Europa und den USA vor allem im 19. und 20 Jahrhundert zurückblickt, dann leben wir von der Substanz. Dazu gehören das Schienennetz, der Straßenbau, Bildungseinrichtungen, das gesamte Verkehrswesen, Trink -und Abwasseranlagen, Kulturbauten der vergangenen Jahrhunderte, also unser kulturelles Erbe, und ein hoher Leistungswille der Menschen mit persönlichen Opfern. der Menschen. Nach den enormen Verwerfungen in den verarmten Gesellschaften, den unvorstellbaren Zerstörungen in allen europäischen Ländern durch die Kriegsfolgen und dem Verlust von 50 Millionen Menschen weltweit in Folge kriegerischer Handlungen war der verständliche Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit Triebkraft der Politik, angefeuert durch die Existenz zweier Blöcke, der sozialen bzw. der freien Marktwirtschaft der Demokratie und der sozialistischen Planwirtschaft in Unrechtsstaaten nach sowjetischem Muster, angeführt von der Weltmacht Sowjetunion. Der daraus resultierende kalte Krieg, unter dem besonders das geteilte Deutschland litt, endete erst am 9. November 1989 durch friedliche revolutionäre Ereignisse der ostdeutschen Bevölkerung.

Wir sind immer noch in einem Konsumrausch und verfallen dem Irrglauben, durch Geld die selbstgeschaffenen Probleme lösen zu können. In einem Gutmenaschenrausch erweitern wir

unsere sozialen Leistungen mit immer wieder neuen Sozialgesetzen. Die dafür notwendigen Geldausgaben inzwischen machen insgesamt 32 % des BIP aus. Das ist die Sozialleistungsquote mit steigender Tendenz. Man spricht deshalb auch von einem entfesselten Sozialstaat mit seinen ständig steigenden sozialpolitischen Maßnahmen. Er wird zwar von der SPD als eine stolze Errungenschaft Deutschlands bezeichnet, ist aber langfristig unbezahlbar. Allein in den Sozialversicherungssystemen, auf die wir so stolz sind, versteckt sich ein gigantischer Schuldenberg von insgesamt 185 Euro, die sog. implizite Staatsschuld. Sie ist 2009 drei mal so groß gewesen wie die ausgewiesenen Staatsschuld von Bund, Ländern und Gemeinden, die mit 64% des Bruttoinlandprodukt angegeben wird. Beides zusammen bildet die „Nachhaltigkeitslücke“, die sich in dem letzten Jahr von 4 auf 6 Billionen vergrößert hat.

Da viele Menschen kein Vertrauen mehr in die Zukunft Deutschlands haben, verlassen vor allem jüngere Menschen ihre Heimat auf Dauer. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Meinung von Kurt Biedenkopf und Meinhard Miegel, die seit Jahren ein Umsteuern fordern.